

*Haushaltskürzungen rauben Kölner Lesben und Schwulen wichtige Angebote!* Der lesbisch-schwulen Seniorenarbeit, seit 2005 bundesweit beachtetes Leuchtturmprojekt, droht durch neuerliche Kürzungsankündigungen das totale Aus. Im Rahmen der schon vorher bekannten Haushaltskürzungen ist die Arbeit der beiden Einrichtungen des [Sozialwerks für Lesben und Schwule e.V.](#) bereits jetzt schon im Kern bedroht. Das [RUBICON](#) Beratungszentrum und das Jugendzentrum [anyway](#) fordern von Politikern, ihre Wahlversprechen, mehr für die aktive Antidiskriminierungsarbeit zu tun, einzulösen. Das Sozialwerk für Lesben und Schwule e. V., Träger von anyway und RUBICON, schlägt Alarm: Das Ziel, Lesben und Schwule in die Seniorenarbeit der Stadt Köln einzubeziehen und ihnen ein würdevolles Leben im Alter zu ermöglichen müsste dann aufgegeben werden. „Das kann bitter werden für viele Lesben und Schwule aus Köln und Umgebung: Mehr als 4.600 Ratsuchende jährlich, darunter immer mehr ältere Lesben und Schwule, wenden sich persönlich oder per Internet an das RUBICON“, so Tobias Heibel, Geschäftsführer des Sozialwerks.

Die erste Kürzungswelle brachte bereits drastische Einschnitte: Notgedrungen verzichtete das Jugendzentrum anyway im Dezember bereits auf die Erweiterung seiner Räume und somit die bereits in Aussicht gestellten Mittel für die Renovierung. Auch das RUBICON ist durch die Kürzung und Personaleinschnitte in seiner Beratungsarbeit, der HIV- und Aidsprävention und der überwiegend ehrenamtlichen Selbsthilfearbeit massiv geschwächt. Der Bedarf wächst jedoch, im vergangenen Jahr wurden mehr Anfragen als je zuvor verzeichnet.

Schwule und Lesben jeden Alters suchen bei den beiden Einrichtungen des Sozialwerks Unterstützung beim Coming Out, in Krisen, bei Diskriminierung oder nach schlimmen Gewalterfahrungen. Sie informieren sich über HIV- und Aidsprävention.

Auch lesbische und schwule MigrantInnen aus mehr als 50 Nationen nutzen das RUBICON als geschützten interkulturellen Treffpunkt. Weit über 500 Lesben und Schwule fanden allein im Jahr 2009 kompetente Beratung für die Gründung einer Regenbogen-Familie. „Diese Versorgung muss erhalten bleiben und ausgebaut werden“, so Heibel.

„Es wäre ein Skandal, wenn ausgerechnet die rot-grüne Stadtregierung alle Ihre guten Vorsätze für Lesben und Schwule aus ihrem noch druckfrischen Koalitionsvertrag über Bord

wirft“, sagt Ulla Breuer, Vorstand im Sozialwerk. Im Vertrag wurde der Ausbau von Angeboten freier Träger, zum Beispiel für Senioren, Jugend, Schulaufklärung und Regenbogenfamilien, in Aussicht gestellt. „Jetzt erwarten wir von der Politik, Wort zu halten: Köln gibt seine bundesweite Vorreiterrolle auf, wenn die geplanten Kürzungen umgesetzt werden“, so Breuer.